

Heinz Bude, Philipp Staab (Hg.)

Kapitalismus und Ungleichheit

Die neuen Verwerfungen

Campus Verlag
Frankfurt/New York 2016

Die Refeudalisierung des modernen Kapitalismus

Sighard Neckel

In zahlreichen westlichen Ländern findet gegenwärtig ein sozialer Wandel statt, der »neofeudale« Privilegien für vermögende Klassen etabliert, während prekarierte soziale Gruppen mit Pauperisierung und Exklusion konfrontiert sind. Zur Erklärung dieser neuen Form der Polarisierung der Sozialstruktur wird in der aktuellen Forschung von einer ständischen Verfestigung sozialer Ungleichheit gesprochen, die allen modernen Versprechen von gesellschaftlichem Ausgleich und sozialer Mobilität widerspricht (vgl. Piketty 2014). Der Aufstieg des Finanzmarktkapitalismus hat offensichtlich Muster in der Verteilung von Wohlstand, Lebenschancen und Macht mit sich gebracht, die an vormoderne Zeiten erinnern. Mit Bezug auf ein analytisches Konzept, das in seiner Studie zum *Strukturwandel der Öffentlichkeit* einst von Jürgen Habermas (1990/1962) eingeführt wurde, wird dieser drastische Wandel sozialer Ungleichheit im Folgenden als »Refeudalisierung« des modernen Kapitalismus beschrieben. Die Analyse von Refeudalisierungsprozessen entschlüsselt eine gesellschaftliche Dynamik der Gegenwart, in der sich Modernisierung als Bruch mit den Prinzipien einer modernen Sozialordnung vollzieht – ein paradoxer Modus sozialer Transformation, der im Zuge eines neoliberalen Umbaus von Wirtschaft und Gesellschaft überwunden geglaubte vormoderne Sozialformen und Rangordnungen wieder entstehen lässt.

Meine Argumentation nimmt dabei folgenden Verlauf: Um den theoretischen Aufbau und die Aktualität von Habermas' Konzept der »Refeudalisierung« im ursprünglichen Untersuchungsfeld von Öffentlichkeit zu dokumentieren, sollen zunächst Analysen und aktuelle Befunde zur Krise des öffentlichen Raumes eingeführt werden (1.). Hiervon ausgehend wird in einem nächsten Schritt »Refeudalisierung« als Schlüsselbegriff zum Verständnis zahlreicher Entwicklungen in kapitalistischen Gegenwartsgesellschaften erläutert (2.) und als paradoxe Wandlungsform moderner Gesellschaften charakterisiert (3.). Ein zentraler Bereich von Refeudalisierung ist der heuti-

ge Wandel sozialer Ungleichheit, der sich in den untersten Klassen der Sozialstruktur ebenso wie in den obersten Schichten vollzieht. Gezeigt wird, wie der Pauperisierung und der Wiederkehr unfreier Arbeit am unteren Ende (4.) die Entstehung einer neuen Reichtumsoligarchie am oberen Ende der Sozialstruktur korrespondiert (5.). Abschließend werden aus den dargestellten Prozessen einige soziologische Konsequenzen für die Gesellschaftsanalyse des heutigen Kapitalismus im Ganzen gezogen.

Die neue Krise der Öffentlichkeit

In der Sozialforschung der Gegenwart ist ein neues Interesse an den jüngsten Entwicklungen der Öffentlichkeit entstanden. Der Hintergrund dieses erneuten Interesses sind die Verwerfungen, denen die öffentliche Sphäre und insbesondere die Medienkommunikation im Zeitalter des Neoliberalismus ausgesetzt sind. Medienforscher wie der Schweizer Kurt Imhof oder der britische Politologe Colin Crouch zeigen in ihren Studien zur gegenwärtigen Krise von Öffentlichkeit (Imhof 2011; 2014) und zum Verfall der politischen Kommunikation in der Postdemokratie (Crouch 2008: 35ff.; Crouch 2015: 45ff.), wie sich große Medienunternehmen seit den 1980er Jahren vornehmlich nur noch am kommerziellen Erfolg ihrer immer flacher werdenden Zielgruppenkommunikation orientieren. Diesen Studien zufolge ist der Staatsbürger durch den Medienkonsumenten ersetzt worden, der sich mittels der *Like-Economy* sozialer Netzwerke und der affektbesetzten Kommunikation im Internet an seiner Ausschaltung als Citoyen noch selber beteiligt. Dies geht zu Lasten jener politischen Leistungen der Medien, auf die Demokratien angewiesen sind. Und so können die Medien heute weder die Funktion erfüllen, für die öffentliche Kommunikation neuer Problembeschreibungen zu sorgen, noch üben sie eine wirksame Kontrolle gegenüber staatlichen Selbstermächtigungen aus (vgl. Imhof 2014: 318).

Die Medien werden damit zum tragenden Element einer Postdemokratie, in der sich die öffentlichen Belange im selben Maße aus dem medialen Raum verflüchtigen wie politische Entscheidungen sich faktisch von politisch legitimierten Instanzen auf die durchsetzungskräftigen Kreise ökonomisch mächtiger Privatinteressen verlagern (vgl. Crouch 2008). Genau diese ökonomisch bewirkte Privatisierung der medialen Kommunikation ist es, durch die eine neue Krise der Öffentlichkeit eingetreten ist. Mit die-

sem Befund schließen aktuelle Medienforschungen erkennbar an jene große Studie zum *Strukturwandel der Öffentlichkeit* an, die Jürgen Habermas 1962 publizierte. Wie die aktuelle Medienforschung versteht Habermas unter »Öffentlichkeit« eine zwischen Gesellschaft und Staat vermittelnde Sphäre, die eine gleichberechtigte Teilnahme aller Bürgerinnen und Bürger an der öffentlichen Auseinandersetzung über allgemeine Angelegenheiten und politische Herrschaft erlaubt. Die Staatsgewalt ist hierbei der Kontrahent der Öffentlichkeit und nicht ihr Bestandteil, wie dies noch im Feudalsystem der Fall ist, wo »öffentlich« die sichtbare Repräsentation von Herrschaft bezeichnet und die öffentliche Gewalt von der persönlichen Sphäre des Hofes ebenso wenig getrennt ist wie das staatliche Budget vom Hausgut des Landesherrn.

Entsteht Öffentlichkeit somit ursprünglich als Instanz der Limitierung personaler Macht in der monarchischen Herrschaft, so setzt Habermas zufolge bereits im 19. Jahrhundert mit der Geschäftspresse der Gebrauch von Öffentlichkeit für private Interessen aus wirtschaftlichem Kalkül ein (vgl. Habermas 1990 [1962]: 275ff., 326ff.). Das Publikum verwandelt sich zum Bestandteil einer kommerziellen Konsumentenkultur, und die öffentliche Darstellung personaler Macht kehrt als Public Relations wirtschaftlich mächtiger Privatpersonen zurück, die ihre partikularen Interessen als allgemeine ausgeben. Dadurch entsteht eine moderne Form herrschaftlicher Repräsentation, die Habermas als »Refeudalisierung der Öffentlichkeit« (Habermas 1973: 68) bezeichnet, weil nunmehr im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft eine Rückkehr zur Privatisierung des öffentlichen Raumes einsetzt, die an vorbürgerliche Epochen erinnert, in denen eine Trennung zwischen allgemeinen Angelegenheiten und privaten Interessen noch gar nicht vorhanden war.

Habermas' berühmte Studie kam somit zu ganz ähnlichen Feststellungen wie die heutige Medienforschung fünfzig Jahre später, auch wenn in der 1960er Jahren die Signatur des Medienwesens noch eine ganz andere war. Doch auch Habermas stellte jenen Prozess einer Privatisierung der öffentlichen Sphäre in den Mittelpunkt, der auch den Kern aktueller Krisendiagnosen der medialen Öffentlichkeit ausmacht.

Mit Habermas können wir daher von »Refeudalisierung« überall dort in der Medienlandschaft sprechen, wo sich die wirtschaftliche Macht Einzelner bruchlos in die Beherrschung der Öffentlichkeit übersetzt und somit Privatinteressen die Verhandlungsweisen allgemeiner Angelegenheiten bestimmen. Dadurch verflüchtigt sich die Unterscheidung von Staat und Gesellschaft,

und Öffentlichkeit fällt zurück auf einen Zustand, wie er typisch für vormoderne Sozialordnungen war.

Bei Habermas sind es ökonomische Monopolbildungen, die ehemals völbürgerliche Machtformen wieder in den öffentlichen Raum eindringen lassen. Dem fügt die heutige Medienforschung als zeitdiagnostischen Befund den privatisierenden Formwandel der Online-Medien hinzu, die im Internet neue kommerzielle »Aufmerksamkeitslandschaften« (Imhof 2014: 327) jenseits aller öffentlichen Diskurse über allgemeine Belange errichten. Von »Refeudalisierung« sprechen die aktuellen Studien zum jüngsten Strukturwandel der Öffentlichkeit dabei nicht. Vielleicht scheint dieser Begriff für die Modernität der Online-Kommunikation nicht zu passen. Gleichwohl sind *Google*, *Apple*, *Facebook*, *Microsoft*, *Amazon* und andere Regenten des Big Data drastische Beispiele dafür, wie aus der ursprünglich verteilten Netzwerkstruktur des Internets längst schon private Imperien digitaler Medienmacht entstanden sind. *Facebook* etwa wird weltweit von 1,4 Milliarden Menschen genutzt, aber von nur einer einzigen Person kontrolliert (vgl. Lanier 2015).

Refeudalisierung als Begriff der Gesellschaftsanalyse

Der heutige Zustand der Öffentlichkeit ist aber nicht nur medientheoretisch von Interesse. Wie sich die öffentliche Sphäre verändert und welche medialen Gestalten sie dabei annimmt, stellt für die Gesellschaftsanalyse ein generelles Symptom des sozialen Wandels dar. Habermas selbst hat in einem Rückblick auf seine Studie von 1962 den jeweiligen Zustand von Öffentlichkeit einmal als einen »politischen Indikator« bezeichnet. Nirgendwo anders ließen sich die Probleme heutiger Demokratien und auch der Verfall moderner Gesellschaftsstrukturen frühzeitig erkennen als anhand der Lage der medialen Öffentlichkeit (vgl. Habermas 2004). Somit kommt den gegenwärtigen Krisen der Öffentlichkeit auch die Bedeutung zu, ein Signal für die aktuellen Probleme der Gesellschaftsentwicklung im Ganzen zu sein.

Die zentrale These meines Beitrags ist, dass nicht allein der Umstand, dass heute in den Sozialwissenschaften erneut von einem krisenhaften »Strukturwandel der Öffentlichkeit« gesprochen wird, dem Habermas'schen Begriff der »Refeudalisierung« aufs Neue Aktualität verleiht. Vielmehr vollzieht sich in zahlreichen gesellschaftlichen Teilbereichen gegenwärtig ein Wandel, der im Zuge einer neoliberalen Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft

wieder vormoderne Sozialformen, Rangordnungen und Herrschaftsstrukturen entstehen lässt. Dies geschieht nicht als Rückfall in alte Zeiten, sondern als paradoxes Ergebnis gesellschaftlicher Transformationen, die Altes als Neues erzeugen und hierbei »neofeudale« Muster in der Verteilung von Reichtum, Anerkennung und Macht produzieren (vgl. Neckel 2010; 2013; 2014; 2015).

Im Analysemodell der »Refeudalisierung« verschlingen sich die soziologischen Zeithorizonte: Neues kommt nicht einfach als Konsequenz linearer Modernisierungsprozesse zustande, sondern im Vollzug eines sozialen Wandels, der Altes als Neues dadurch entstehen lässt, dass gegenwärtige Organisationsformen in Wirtschaft und Gesellschaft tradierte Muster der Sozialordnung in modernster Weise aktualisieren. Habermas' Studien zum Strukturwandel der Öffentlichkeit sind der exemplarische Untersuchungsfall für dieses Analysemodell, beschreibt er die mediale Öffentlichkeit doch als einen Meinungsmarkt, der schließlich in kommerzieller Form die alte feudale Struktur des Öffentlichen als bloße Repräsentation personaler Macht wiedererstehen lässt.

Als Bewegungsmodus des gesellschaftlichen Wandels betrachtet, zeigt Refeudalisierung somit einen viel komplexeren Vorgang an als die Rückkehr zur Vergangenheit. Habermas' beispielhafte Analyse der Refeudalisierung von Öffentlichkeit verweist vielmehr darauf, dass der kritisierte Strukturwandel Resultat eines paradoxen Prozesses von Modernisierung ist, in dessen Vollzug sich gesellschaftliche Strukturen re-etablieren, die ihren historischen Ursprung in vorbürgerlichen Epochen der Gesellschaftsgeschichte haben.

In der Sozialtheorie herrschen allerdings bis heute Modelle gesellschaftlichen Wandels vor, die den Annahmen »progressiver« Veränderungen – etwa in der Modernisierungstheorie (vgl. Parsons 1966) – den Nachweis »regressiver« gesellschaftlicher Verfallsprozesse entgegenstellen, etwa in der älteren Kritischen Theorie der Frankfurter Schule (vgl. etwa Adorno 1979). Demgegenüber möchte ich zeigen, dass die Dichotomie »progressiver« und »regressiver« Wandlungsformen des Kapitalismus durch komplexere Modelle paradoxer gesellschaftlicher Veränderungen ergänzt werden muss. Refeudalisierung verstehe ich in diesem Zusammenhang als ein Beispiel gesellschaftlichen Wandels, der eine paradoxe Modernisierung inmitten des modernen Kapitalismus betrifft. Er führt nicht in die Vergangenheit zurück, sondern bezeichnet eine gesellschaftliche Dynamik der Gegenwart, die Modernisierung als Abkehr von den Maximen einer bürgerlichen Sozialordnung vollzieht.

Der *Vertigo-Effekt*: Paradoxe Gegenbewegungen des gesellschaftlichen Wandels

Im Modus der Refeudalisierung vollzieht sich kapitalistische Modernisierung mithin als ein in sich gegenläufiger Vorgang – wie ein Zahnradgetriebe mit rückwärtiger Drehrichtung, das sein Objekt nach vorne trägt, indem es sich selbst nach hinten bewegt. In der Welt des Kinos ist eine solche gegenläufige Bewegung als sogenannter *Dolly-Zoom* oder auch *Vertigo-Effekt* bekannt, seit dieser Effekt erstmals in Alfred Hitchcocks Film *Vertigo – Aus dem Reich der Toten* aus dem Jahr 1958 eingesetzt wurde (vgl. Neckel 2013: 47f.). Der *Vertigo-Effekt* kommt dadurch zustande, dass die Kamera auf ein Objekt zufährt, während gleichzeitig rückwärts gezoomt wird, ohne dass sich der Bildausschnitt verändert. Hierdurch entsteht ein starker visueller Sog-Effekt, den Hitchcock verwendete, um die Höhenangst seines Hauptdarstellers James Stewart filmisch zum Ausdruck zu bringen.

Der *Vertigo-Effekt* gesellschaftlichen Wandels ist es, der mich im Folgenden interessiert. Dabei verstehe ich »Refeudalisierung« als ein soziologisches Schlüsselkonzept zum Verständnis der Entwicklungsdynamik moderner kapitalistischer Gesellschaften insgesamt. Als ein paradoxales Modell der Gesellschaftsentwicklung ist der analytische Blickwinkel der »Refeudalisierung« der kapitalistischen Moderne aufschlussreich für die Untersuchung gesellschaftlichen Wandels im Ganzen, ob es sich dabei um die Aushöhlung von Öffentlichkeit durch die Privatisierung von Medienmacht oder um in sich gegenläufige Wandlungsprozesse in anderen Funktionsbereichen des Kapitalismus der Gegenwart handelt.

Refeudalisierungsprozesse erkenne ich in vier Dimensionen der heutigen Sozialordnung: Erstens, bezüglich der Sozialstruktur und einer Verwandlung sozialer Ungleichheit, die in ihren Merkmalen der Polarisierung unvergleichbarer Soziallagen und der ständischen Verfestigung deutliche Anzeichen von Feudalisierung aufweist. Zweitens, in Hinsicht auf die Organisation wirtschaftlicher Prozesse und den Status der auf den Finanzmärkten vorherrschenden ökonomischen Führungsgruppen, die nicht unternehmerisch tätig sind, sondern als Rentiers. Drittens normativ, als Refeudalisierung der Werte in Bezug auf die Rechtfertigungsordnung des Finanzmarktkapitalismus. Dies betrifft im Kern die Ablösung des Leistungsprinzips durch die Maximen des reinen finanziellen Erfolgs, und jene Refeudalisierung von Anerkennung, die sich bei den *Celebrities* des Medienzeitalters durch die Wirkungsweise von Prominenz vollzieht. Viertens schließlich als Refeudalisierung des

Wohlfahrtsstaates, der öffentliche Sozialpolitik als Stiftung und Spende reprivatisiert und sozialstaatliche Anrechte in Abhängigkeit von privater Miltätigkeit verwandelt (vgl. Neckel 2013: 49ff.).

Die Wiederkehr unfreier Arbeit

Kommen wir speziell auf die Sozialstruktur zu sprechen, so sind in den letzten zwei Jahrzehnten in zahlreichen kapitalistischen Ländern Formen einer Refeudalisierung sozialer Ungleichheit entstanden. Merkmale dieser Entwicklung sind eine höchst einseitige Bevorteilung der gesellschaftlichen Spitzen, die sich eines historisch einmaligen Vermögensreichtums erfreuen, während untere Schichten nicht nur pauperisiert werden, sondern zunehmend Arbeitsverhältnissen ausgesetzt sind, die nicht mehr den elementaren Standards moderner Vertragsverhältnisse entsprechen.

Dass die heutigen Organisationsformen von Arbeit sich im globalen Maßstab häufig von den Normen der Rechtsgleichheit entkoppeln, stellt etwa im Segment der häuslichen Dienstleistungsarbeit ein transnationales Massenphänomen dar. So hat sich in der Forschung zu den globalen Wanderungsströmen von zumeist weiblichen Arbeitskräften, die in den Metropolen als Hausangestellte beschäftigt sind, eine Debatte darüber entwickelt, ob wir es bei der migrantischen Hausarbeit nicht mit der Rückkehr der alten Dienstbotengesellschaft und der Refeudalisierung häuslicher Arbeitsverhältnisse zu tun haben (vgl. Ehrenreich/Hochschild 2003; Lutz 2008). Die neuen Dienstmädchen, die auf den globalen Angebotsmärkten von Hausangestellten auf Jobsuche sind, befinden sich demnach inmitten von persönlichen Abhängigkeitsverhältnissen, welche die bürgerlich-moderne Trennung von öffentlich und privat, von Arbeitsplatz und Wohnung, von Lohnzahlung und persönlicher Zuwendung hinfällig werden lassen. Damit gehen Arbeits- und Ausbeutungsverhältnisse einher, in denen sich keinerlei Vertragsgleichheit ausbilden kann und die besonders anfällig sind für Gewalt und sexuelle Nötigung. Die sozialen Absicherungen dieser Arbeitskräfte sind minimal. Gleichzeitig sind ihre Aufenthaltsrechte vielfach begrenzt, wenn sich die betreffenden Frauen nicht überhaupt illegal in den jeweiligen Arbeitsländern befinden. Daher vollzieht sich ihre Arbeit häufig unsichtbar im Privatbereich ihrer Arbeitgeber, in deren Haushalten die Frauen leben, ohne über eine selbstbestimmte Bewegungsfreiheit zu verfügen. Insbesondere in dem

weltweit riesigen Arbeitssegment der *global care chains*, in denen Frauen ihre ärmeren Herkunftsländer verlassen, um in den reicheren Ländern Pflege- und Hausarbeit zu leisten, haben sich Arbeitsverhältnisse wieder in persönliche Abhängigkeitsverhältnisse verwandelt, die hinter alle historischen Fortschritte der modernen Gesellschaft in der Vergabe von Rechten zurückfallen und vor allem Frauen in neofeudale Herrschaftsabhängigkeiten zwingen.

Nicht weniger drastische Formen unfreier Arbeit kennen wir aus dem unübersehbaren Heer industrieller Wanderarbeiter insbesondere aus Asien, Afrika und manchen Ländern Lateinamerikas, die beispielsweise in China die neuen Megastädte hochziehen, auf den Baustellen der Arabischen Emirate als Arbeitskräfte ohne Pässe schufteten, auf den Baumwollfeldern Usbekistans staatlich organisierte Zwangsarbeit zugunsten von Oligarchen verrichten oder zu den schätzungsweise 20 Millionen Menschen in Indien zählen, die in persönlicher Schuldknechtschaft leben (vgl. Bales 2012). Zwar beruhen diese aktuellen Formen von Arbeitssklaverei auch auf alten rassistischen Herrschaftsstrukturen wie etwa die ethnische Sklaverei in afrikanischen Ländern wie dem Sudan oder Mauretanien (vgl. Bales u. a. 2009: 91ff.). Doch sind sich die Experten von Menschenrechtsorganisationen wie der *Walk Free Foundation* (2014) und dem *International Labour Office* (ILO) darin einig, dass es das moderne Zeitalter der Globalisierung ist, in dem die Arbeitssklaverei eine neue Blüte erlebt und bisher ungekannte Ausmaße annimmt. Während die sozialwissenschaftliche Forschung schätzt, dass heute zwischen 30 und 35 Millionen Menschen (darunter ca. 1 Million in Europa) unter rechtlosen und gewaltbasierten Bedingungen leben, die der Sklaverei ähneln (vgl. Bales 2012; Bales/Soodalter 2009; Walk Free Foundation 2014), ging das *International Labour Office* 2014 davon aus, dass weltweit 21 Millionen Menschen Opfer von Zwangsarbeit sind –, wobei das ILO eine viel höhere Dunkelziffer vermutet –, mit der jährlich Profite in Höhe von ca. 150 Milliarden Dollar erzielt werden (vgl. ILO 2014; Datta/Bales 2013b).

Im 21. Jahrhundert leben danach mehr Zwangsarbeiter auf der Erde als jemals zuvor in der menschlichen Geschichte (Bales u. a. 2009: VII). Neben der Globalisierung hat dafür das Bevölkerungswachstum gesorgt, das zu einer historisch einmaligen Verbilligung unfreier Arbeit führte. Außerdem werden die weltweiten Migrationsströme ökonomisch ausgenutzt. Sie vollziehen sich vielfach illegal, weshalb die Migranten weitgehend schutzlos sind. Die Ausbeutung von Arbeitskräften als bloßes Material und die schonungslose Vernutzung von Körperkapital ist deswegen auch in den Zentren der Globalisierung keineswegs unbekannt. Zwangsarbeit und Men-

schenhandel, extreme Arbeitsausbeutung, aber auch moderne Formen der Schuldknechtschaft wie die »Selbstverpfändung« als Arbeitskraft sind heute ebenfalls in westlichen Ländern vorhanden (vgl. Bales/Soodalter 2009; Datta/Bales 2013a; 2014). In der Fleischindustrie, in Kohleminen, der Bauwirtschaft, bei der häuslichen Pflege, bei einfachen Diensten oder im Agrarsektor sind unter der Ägide westlicher Firmen und Subunternehmen Formen von Rechtlosigkeit und einer persönlichen Kontrolle in die Arbeitsverhältnisse eingezogen, die allen modernen Normen der rechtlichen Freiheit beim Eintritt in den Arbeitsmarkt zuwiderlaufen.

Insbesondere im weltweit expandierenden Bereich einfacher Dienstleistungen ist eine Unterschichtung des bisherigen Service-Proletariats eingetreten. Dort ist ein neuer *dumping ground* der modernen Arbeitsgesellschaft entstanden, in dem die Löhne nicht mehr existenzsichernd sind, persönliche statt vertragliche Abhängigkeitsverhältnisse bestehen und sich die dort Beschäftigten vollkommen jenseits aller Möglichkeiten von sozialer Sicherung, Qualifizierung und der Aussicht auf beruflichem Aufstieg verdingen, die ansonsten zu den Standards moderner Arbeitsverhältnisse gehören (vgl. Staab 2014). Stattdessen gilt, was die betreffende Forschung eine »marktbezogene Statusfatalität« (Bahl 2014) nennt, um die komplette Aussichtslosigkeit dieser extrem prekarierten Arbeitsexistenzen zu charakterisieren. Historisch betrachtet, ist der Fatalismus gegenüber einer Soziallage, die unabänderlich scheint, das typische Merkmal einer Sozialordnung der ständischen Armut. Tritt dieser Statusfatalismus in einer modernen Marktgesellschaft auf, dokumentiert er eine Refeudalisierung der Arbeitsexistenz, sind es doch die modernen Tendenzen einer entgrenzten Kommodifizierung von Arbeit, die im Ergebnis wieder in die Existenzformen unterständischer Sozialschichten hineinführen, wie wir sie aus vorindustrieller Zeit kennen.

Die neuen Oligarchien

Stellen die Wiederkehr unfreier Arbeit und ständisch verfestigter Prekarität die drastischsten Formen der Refeudalisierung am untersten Ende der sozialen Hierarchie dar, so vollzieht sich die Refeudalisierung der heutigen ökonomischen Oberschichten in nicht weniger unbürgerlichen Formen als dies bei der Wiederkehr von Arbeit jenseits von Vertragsgleichheit und sozialer Existenzsicherung zu beobachten ist.

An der Spitze der Sozialstruktur ist eine neue Reichtumsoligarchie entstanden, die auf einem historisch einmaligen Vermögenszuwachs basiert. Dieser beispiellose Wohlstand geht nicht auf moderne ökonomische Prinzipien wie Leistungserbringung, Wettbewerb und Markterfolge zurück, wie dies dem Selbstverständnis einer bürgerlich-kapitalistischen Sozialordnung entspräche, sondern auf Strategien der Privilegiensicherung, die ihren Ursprung in vorkapitalistischen Zeiten haben. Nehmen wir als Beispiel hierfür die Entwicklung der Spitzeneinkommen im ökonomischen Top-Management: In den Vereinigten Staaten lag Mitte der 1960er Jahre das Verhältnis der Einkommen von CEOs zu den Durchschnittsgehältern bei zwanzig zu eins. Im Jahr 2012 ist die sogenannte *CEO Pay Ratio* in den USA auf das 273-Fache gestiegen (Mishel 2013). Auch in jenen europäischen Gesellschaften, die sich noch immer als »soziale Marktwirtschaften« verstehen, hat sich eine ähnliche Entwicklung eingestellt. So erhielten die Vorstände der dreißig größten börsennotierten Unternehmen in Deutschland 1989 ein Jahresgehalt von durchschnittlich 500.000 D-Mark, was seinerzeit ebenfalls das Zwanzigfache der durchschnittlichen Arbeitnehmerinkommen betrug. Im Jahr 2010 waren die Vorstandsgehälter auf jährlich sechs Millionen Euro gestiegen, womit sich das Verhältnis zu den Durchschnittseinkommen auf das Zweihundertfache vergrößert hat (vgl. Wehler 2013: 79).

Versucht man die Ursachen dieser immensen Zugewinne zu ermitteln, stellt man fest, dass es keinen einzigen wirtschaftlichen Faktor gibt, der diesen sprunghaften Anstieg der Einkünfte des Topmanagements auf dramatisch zunehmende Leistungsdifferenzen und einen plötzlichen Anstieg ihrer Produktivität zurückführen könnte. Die Spitzeneinkommen sind kein *pay for performance*, sondern vielmehr Ausdruck einer gewachsenen Macht in den Vorständen und Aufsichtsräten von Aktiengesellschaften, den Unternehmen wesentlich mehr Revenuen zu entziehen als irgendeine Spitzenkraft als eigenen Leistungsbeitrag seiner Firma hinzufügen kann.

Ökonomisch beruht diese Art der Gewinnmaximierung darauf, Marktprozesse zu unterlaufen. Markthandeln ist ja stets mit der Ungewissheit darüber verbunden, ob sich die eingesetzten Aktiva auch tatsächlich verwerten lassen. Insbesondere Wettbewerb, obwohl eine konstitutive Voraussetzung von Märkten, vermag Gewinnaussichten zu vereiteln, weil Konkurrenz die erwarteten Erlöse zunichtemachen kann. Daher ist es stets die vorteilhafteste Option, unbehelligt vom Wettbewerb Erträge zu sichern (vgl. Neckel 2015). Die Möglichkeiten zu einem solchen marktfernen Bezug eigener Einkünfte sind sozial aber höchst ungleich verteilt. In den gesellschaftlichen Ober-

schichten sind zahlreiche Chancen vorhanden, sich dem Markt zu entziehen, um höchste Erträge ohne Leistung und Wettbewerb zu erzielen. Die Statuspositionen bevorteilter Gruppen in Vorständen, Aufsichtsräten und anderen wirtschaftlichen Führungsgremien geben Gelegenheit, sich gegenseitig Privilegien zu gewähren, sei es als direkte Zahlungen, als Vergünstigungen, garantierte Prämien oder Versorgungsansprüche.

Nach dem Muster des »Matthäus-Effekts« entsteht so ein Belohnungssystem kumulativer Vorteile, das im Unterschied zu Mertons klassischer Analyse (Merton 1968) aber nicht einzelnen Akteuren zukommt, sondern einer ganzen geschlossenen Gruppe, den ökonomischen Führungsgruppen (vgl. DiPrete/Eirich 2006). In ihrem Bezugssystem entsteht eine Art »Statusmarkt« (Aspers 2007: 435ff.), auf dem Privilegien gehandelt werden. Statusmärkte sind dadurch charakterisiert, dass nicht Standards wie etwa »Qualität« die Rangfolge der Werte bestimmen, sondern die sozialen Strukturen, die Marktakteure aufgebaut haben. Was ein Akteur auf einem Statusmarkt erhält oder abgeben muss, hängt davon ab, welchen Rang er oder sie in einer Statusordnung innehat. Treffen statushohe Akteure aufeinander, die sich untereinander an ihrer finanziellen Top-Position erkennen, so wird das von ihnen ausgehandelte Gut finanzieller Vergünstigung wertvoll unabhängig von jedem Leistungsmaßstab.¹ Für den Erfolg auf den Statusmärkten wirtschaftlicher Führungsschichten ist mithin nicht die Marktnachfrage entscheidend, sondern die gesellschaftliche Position der bevorteilten Gruppe, die es ihr erlaubt, sich auf Kosten von Unternehmen und der wirtschaftlichen Umwelt gegenseitig Vorteile zu gewähren. Ermöglicht werden solche Strategien durch die soziale Struktur einer geschlossenen Gruppe, die untereinander eine hohe Ähnlichkeit aufweist und über die hierarchischen Positionen in Vorständen und Aufsichtsräten verfügt, die es erlauben, Unternehmensführung in Opportunitätsstrukturen für die eigene Privilegierung zu verwandeln.

¹ Der »Statusmarkt« der wirtschaftlichen Oberklassen ist ein Beispiel dafür, dass die ökonomische Logik niemals unabhängig von der Logik sozialer Beziehungen existiert, von der sie vielmehr tiefgreifend geprägt wird. Wir haben es bei dem Belohnungssystem kumulativer Vorteile an den Unternehmensspitzen mit der modernen Oberschichtvariante einer »symbolischen Ökonomie der Ehre« zu tun, wie sie Pierre Bourdieu (1979) einst bei den algerischen Kabylen entdeckte. Der Statusmarkt des Top-Managements dient einer Ökonomie der symbolischen Güter, da die hier gehandelten Geldwerte vor allem Indikatoren des Rangs in einer ökonomischen Machtfiguration sind. Anerkennung nimmt die Gestalt reiner Geldsummen an, und Geldsummen ihrerseits sind wesentlich Statussymbole.

Die Handlungsregeln bei einer solchen Ausübung ökonomischer Macht werden allgemein als *rent-seeking* (Stiglitz 2012: 28ff.) oder auch als *rent extraction* (Bebchuk u. a. 2002) bezeichnet, weil es darum geht, Unternehmen hohe leistungslose Einkommen und somit Renten zu entziehen. Hierbei wird den Begünstigten ein spezielles Recht zugewiesen, das den Leistungswettbewerb einschränkt oder ganz außer Kraft setzt und gerade dadurch zu einer Einkommensumverteilung führt, die auf einer Auszahlung nach dem »winner-take-all-Prinzip« (vgl. Frank/Cook 1995) beruht.

Der Bezug solcher Renten, die aus Unternehmen als privilegierte Vergünstigungen herausgezogen werden, verändert mit dem einzigartigen Reichtumszuwachs an der Spitze auch die Struktur der sozialen Ungleichheit insgesamt. Der amerikanische Sozialstrukturforscher David Grusky von der Stanford University sieht in dem unterschiedlichen Ausmaß, in dem Renten verschiedenen Klassen zur Verfügung stehen, denn auch den entscheidenden Grund für die drastische Vertiefung sozialer Ungleichheit in den letzten dreißig Jahren (vgl. Grusky/Weeden 2011). Während in den unteren Schichten in dem Maße eine Politik der *rent destruction* stattfand, wie Mindestlöhne ökonomisch entwertet wurden, haben im Unterschied dazu an der Spitze der Sozialstruktur Strategien der *rent creation* nachhaltigen Erfolg gehabt, insbesondere als Garantien exzessiver Einkünfte für das Top-Management. So wie mit dem Neoliberalismus garantierte Leistungsansprüche bei den Beziehern niedriger Einkommen zersetzt worden sind, wurden sie in der Belagete der gesellschaftlichen Rangordnung massiv neu geschaffen. Mit Bezug auf europäische Gesellschaften wie Deutschland oder die Schweiz kann man diese Entwicklung auch als »asymmetrische Vermarktlichung« bezeichnen, die verschiedene Sozialklassen ganz unterschiedlich berührt. Während untere Schichten deregulierten Arbeitsmärkten bis hin zur Wiederkehr unfreier Arbeit ausgesetzt sind, wurden für die Einkommensspitzen zahlreiche Einrichtungen geschaffen, die garantierte Ansprüche auf Maximaleinkommen gerade dadurch etablieren, dass Marktprozesse und Wettbewerb ausgeschaltet werden (vgl. Neckel 2015).

Das Privileg leistungsloser Renten, deren spektakuläre Summen sich der Ausbeutung der wirtschaftlichen Umwelt und der Ausnutzung von Gelegenheitsstrukturen verdanken, ist nicht der einzige Faktor, der heute zu einer Art Feudalkapitalismus und einem *new gilded age* führt, wie dies in der internationalen Ungleichheitsforschung mittlerweile bezeichnet wird (vgl. Krugman 2014). Weitere Faktoren der Refeudalisierung, die nicht weniger dem historischen Arsenal einer ständischen Privilegierung entsprechen, sind direkt po-

litischer Natur. Die beispiellose Bevorteilung einer globalen Reichtumsklasse, die ihre gigantischen Erträge vor allem aus den Finanzmärkten bezieht, ist Resultat einer Art staatlicher Gabenökonomie für die Vermögenden. In den meisten westlichen Ländern wurden in den letzten 20 Jahren milliardenschwere Geschenke in Form massiver Steuersenkungen auf Kapitalerträge, Erbschaften und hohe Einkommen vergeben (vgl. Stiglitz 2012: 47ff.). Die neoliberale Steuersenkungspolitik für die Reichen und die Unternehmen und Banken, die von ihnen kontrolliert werden, geht hauptsächlich darauf zurück, dass es den reichen Bevölkerungsgruppen aufgrund ihrer ökonomischen Stärke politisch gelungen ist, faktisch eine Veto-Macht gegen die Beeinträchtigung ihrer Vermögensinteressen zu etablieren.

Der amerikanische Politikwissenschaftler Jeffrey Winters führt den Erfolg dieser Veto-Macht auf eine »Vermögensverteidigungsindustrie« (*Income Defense Industry*) zurück, die in den letzten zwei Jahrzehnten von den Reichen und Superreichen aufgebaut worden ist (vgl. Winters 2011a; 2011b). Aufgrund ihrer immensen Finanzmittel sei es den reichen Bevölkerungsschichten gelungen, eine ganze Heerschar von Steuerexperten, Wirtschaftsprüfern, Anwälten, Lobbyisten sowie Medienkampagnen, Think Tanks und Parteigruppen aufzubieten, die politische Gewähr für die Vermögensverteidigung bieten. Winters sieht darin einen Beleg dafür, dass sich zunehmend auch die Verteilung politischer Macht nach den Regeln einer »winner-take-all«-Ökonomie richtet, so dass die reichsten Sozialgruppen mächtiger sind als alle durchschnittlichen Bürger zusammen. Um die politische Einflusschancen in der Bevölkerung je nach Vermögensklasse zu messen, hat Winters einen »materiellen Machtindex« (*Material Power Index*) entwickelt. Gemessen an dem jeweiligen Nettovermögen stellen sich die politischen Einflusschancen laut dieses Index so dar, dass das eine Prozent der reichsten Amerikaner – zirka drei Millionen Personen – mehr als einhundert Mal mächtiger als der Durchschnitt ihrer Landsleute ist. Die weitaus größte Differenz ergibt sich jedoch, wenn man allein die 0,1 Prozent betrachtet, die in dem obersten Perzentil das allermeiste Vermögen besitzen. Diese knapp 400 Personen sind demnach fast 22.000 mal so mächtig wie der Rest der 317 Millionen US-Amerikaner. Dies sei ein etwa so großes Machtgefälle wie es im römischen Reich zwischen einem Senator und einem Sklaven bestand (vgl. Winters 2011a: 215ff.; 2011b: 22).

Soziologisch stellt sich die Frage, welcher Begriff für die Organisationsform einer solchen Art von Privilegierung eigentlich angemessen ist. Sozialwissenschaftler wie Jeffrey Winters oder Wolfgang Streeck (2013) scheuen

sich nicht, hier von der Bildung einer neuen »Oligarchie« zu sprechen, und verwenden somit eine Kategorie, die seit 1990 vornehmlich für die reichen Magnaten hinter den politischen Kulissen Russlands, der Ukraine, Singapurs oder Chinas verwendet worden ist.

Stellen in diesen Ländern autoritäre Regierungssysteme den politischen Bezugsrahmen ökonomischer Interessen dar, so sind Oligarchien im Westen dadurch gekennzeichnet, dass Demokratie und Oligarchie als zwei gegensätzliche Formen von Interessendurchsetzung in einem politischen System koexistieren. Die neuere Forschung spricht deshalb davon, dass wir es im westlichen Kapitalismus heute mit sogenannten »zivilen Oligarchien« (Jeffrey Winters) zu tun haben, die im Unterschied zu den kriegerischen, herrschenden oder sultanischen Oligarchien der Vergangenheit nicht selbst regieren, sondern sich auf den Rechtsstaat stützen, auf den sie zugunsten ihrer Vermögensinteressen erheblichen Einfluss ausüben. In modernen Demokratien stellen Oligarchien ökonomisch mächtige Interessensgemeinschaften dar, die in ihren politischen Präferenzen nicht vollkommen übereinstimmen müssen, um sich im gemeinsamen Imperativ der Vermögensverteidigung miteinander zu verbünden. Hinzu kommt trotz direkter politischer Abstinenz ihre politisch äußerst wirksame Position, aufgrund ihrer immensen Finanzkraft Staat und Gesellschaft in Abhängigkeit von eigenen wirtschaftlichen Entscheidungen halten zu können. Die zivilen Oligarchien verändern damit die Balance zwischen demokratischen Institutionen und den privilegierten ökonomischen Interessen maßgeblich zu ihren Gunsten.

Refeudalisierung in der Gesellschaft der Gegenwart

Nicht bürgerlich-kapitalistische Prinzipien wie Leistung und Wettbewerb entscheiden somit über Einkommen und Vermögen, sondern gesellschaftlicher Status, wirtschaftliche Stärke und die Gunst der politischen Macht. Zusammengenommen führen diese Entwicklungen dazu, dass die modernen Gesellschaften der Gegenwart wieder ein Ausmaß sozialer Ungleichheit aufweisen, das im frühen 19. Jahrhundert bestand, wie zuletzt die Studien von Thomas Piketty (2014) nachgewiesen haben. Seinerzeit verfügte das oberste Dezil der Bevölkerung über 80–90 Prozent des Gesamtvermögens, heute sind es auch in Gesellschaften wie Deutschland ca. 70 bis 75 Prozent, nachdem der sozialstaatlich regulierte Kapitalismus der Nachkriegszeit die

sen Anteil zeitweise auf 45 bis 55 Prozent abgesenkt hatte (vgl. Piketty 2014: 452ff.; 494ff.) Entsprechend liegt der Gini-Koeffizient auch in einem Land wie Deutschland nunmehr bereits bei 0,78 im Jahr 2012, was unter vergleichbaren Ländern nur von den USA mit einem Wert von 0,87 überboten wird (vgl. Grabka/Westermeier 2014: 156).

Thomas Piketty spricht in diesem Zusammenhang von der Rückkehr eines »patrimonialen Kapitalismus«, der auf einer Hyperkonzentration des Kapitals in den Händen einer neuen oligarchischen Reichtumsklasse basiert (vgl. Piketty 2014: 452ff.). Die Patrimonialgesellschaft von heute lässt dynastische Strukturen ökonomischer Macht entstehen, in denen Erbschaft (vgl. Beckert 2010), Heirat und große Vermögen wieder eine überragende Rolle spielen und Erträge abwerfen, zu denen man es durch Bildung, Arbeit und Leistung niemals bringen kann.

In einer langfristigen historischen Perspektive betrachtet, gehört es zu den Paradoxien dieses gesellschaftlichen Wandels, dass heute das reichste Segment eines Wirtschaftsbürgertums, das in der kapitalistischen Epoche über Markt und Wettbewerb zu Wohlstand und Einfluss gekommen ist, nun seinerseits versucht, die eigene Position mit denselben Mitteln der Rentenextraktion und der Vererbung dynastischer Macht zu befestigen wie einst die aristokratische Oberschicht. In dieser historischen Gemeinsamkeit stellen die großen Kapitaleigner zusammen mit den reichen Investoren auf den Finanzmärkten und dem Top-Management eine geschlossene und ständisch privilegierte Klasse dar. Ihre beherrschende Position in den ökonomischen Prozessen der Globalisierung und des Finanzkapitalismus verdanken sie der Refeudalisierung des modernen Kapitalismus und damit dem Paradox einer gesellschaftlichen Entwicklung der Gegenläufigkeit. Verknüpft ist diese neo-feudale ökonomische Position mit dem Zuwachs eigener politischer Macht in den heutigen Postdemokratien – eine politische Macht, welche die Oberklassen insbesondere zur Sicherung ihrer Vermögensinteressen verwenden. Die Vereinigung wirtschaftlicher und politischer Macht in den Händen der neuen Reichtumsoligarchie erinnert an vormoderne Prozesse der Klassenbildung, bei denen eine Sphärentrennung zwischen Politik und Markt sowie zwischen Gesetz und Wirtschaft überhaupt noch nicht existierte.

Es ist das Verdienst seiner Studie über den *Strukturwandel der Öffentlichkeit*, dass Jürgen Habermas einst am Beispiel der Refeudalisierung von Öffentlichkeit herausgearbeitet hat, auf welche Weise der Kapitalismus im Fortgang seiner Modernisierung jenen bürgerlichen Charakter verlieren kann, dem er einst seinen Ursprung verdankte, und damit auch jene nor-

mativen Eigenschaften einbüßt, die ihn als historisch neu gekennzeichnet haben. Als Paradigma eines generellen gesellschaftlichen Wandels verstanden, erschließt uns die Theorie der Refeudalisierung des modernen Kapitalismus aber noch andere zentrale Sphären der gesellschaftlichen Gegenwart. Die neue Pauperisierung von Arbeit, die Wiederkehr extremer Formen von Ausbeutung sowie die Entstehung neuer Reichtumsoligarchien und das Anwachsen dynastischer Macht sind besser zu verstehen, wenn wir diese drastischen Formen des gesellschaftlichen Wandels als Phänomene der Refeudalisierung analysieren.

Literatur

- Adorno, Theodor W. (1979), Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft?, in: Ders., *Soziologische Schriften I*, Frankfurt am Main, S. 354–370.
- Aspers, Patrik (2007), Wissen und Bewertung auf Märkten, in: *Berliner Journal für Soziologie*, Jg. 17, S. 431–449.
- Bahl, Friederike (2014), *Lebensmodelle in der Dienstleistungsgesellschaft*, Hamburg.
- Bales, Kevin (2012), *Disposable People: New Slavery in the Global Economy*. 3rd revised Edition, Berkeley.
- Bales, Kevin/Ron Soodalter (2009), *The Slave Next Door: Human Trafficking and Slavery in America Today*, Berkeley.
- Bales, Kevin/Trodd, Zoe/Williamson, Alex Kent (2009), *Modern Slavery: The Secret World of 27 Million People*, Oxford.
- Bebchuk, Lucian A./Fried, Jesse M./Walker, David I. (2002), Managerial Power and Rent Extraction in the Design of Executive Compensation, in: *University of Chicago Law Review*, Jg. 69, S. 751–846.
- Beckert, Jens (2010), Are we still Modern? Inheritance Law and the Broken Promise of the Enlightenment, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, *MPIfG Working Paper 10/7*, Köln.
- Bourdieu, Pierre (1979), *Entwurf einer Theorie der Praxis*, Frankfurt am Main.
- Crouch, Colin (2008), *Postdemokratie*, Frankfurt am Main.
- Crouch, Colin (2015), *Die bezifferte Welt: Wie die Logik der Finanzmärkte das Wissen bedroht*, Berlin.
- Datta, Monti Narayan/Bales, Kevin (2013a), Slavery in Europe: Part 1: Estimating the Dark Figure, in: *Human Rights Quarterly*, Jg. 35, S. 817–829.
- Datta, Monti Narayan/Bales, Kevin (2013b), Slavery is Bad for Business: Analyzing the Impact of Slavery on National Economies, in: *Brown Journal of World Affairs*, Jg. 19, H. 1, S. 205–223.

- Datta, Monti Narayan/Bales, Kevin (2014), Slavery in Europe: Part 2: Testing a Predictive Model, in: *Human Rights Quarterly*, Jg. 36, S. 277–295.
- DiPrete, Thomas A./Eirich, Gregory M. (2006), Cumulative Advantage as a Mechanism for Inequality: A Review of Theoretical and Empirical Developments, in: *Annual Review of Sociology*, Jg. 32, S. 271–297.
- Ehrenreich, Barbara/Hochschild, Arlie (Hg.) (2003), *Global women. Nannies, Maids, and Sex Workers in the New Economy*, New York.
- Frank, Robert H./Cook, Philip J. (1995), *The Winner-Take-All Society: Why the Few at the Top Get So Much More Than the Rest of Us*, New York.
- Grabka, Markus M./Westermeier, Christian (2014), Anhaltend hohe Vermögensungleichheit in Deutschland, in: *DIW Wochenbericht* 9, S. 151–164.
- Grusky, David B./Weeden, Kim A. (2011), Is Market Failure Behind the Takeoff in Inequality?, in: David B. Grusky und Szonja Szelényi (Hg.), *The Inequality Reader: Contemporary and Foundational Readings in Race, Class, and Gender*, 2nd Edition, Boulder, S. 90–97.
- Habermas, Jürgen (1990) [1962], *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*, Frankfurt am Main.
- Habermas, Jürgen (1973), Öffentlichkeit. Ein Lexikonartikel, in: Ders., *Kultur und Kritik. Verstreute Aufsätze*, Frankfurt am Main, S. 61–69.
- Habermas, Jürgen (2004), Öffentlicher Raum und politische Öffentlichkeit. Lebensgeschichtliche Wurzeln zweier Gedankenmotive, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 11. Dezember.
- Imhof, Kurt (2011), *Die Krise der Öffentlichkeit. Kommunikation und Medien als Faktoren des sozialen Wandels*, Frankfurt am Main/New York.
- Imhof, Kurt (2014), Der dünne Firnis der Zivilisation. Krisen in der Öffentlichkeit und die Krise der Öffentlichkeit, in: *Zeitschrift für Theoretische Soziologie*, 3. Jg., Heft 2, S. 304–338.
- International Labour Office (ILO) (2014), *Profits and Poverty. The Economics of Forced Labour*, Genf.
- Krugman, Paul (2014), Why We're in a New Gilded Age, in: *The New York Review of Books*, May 8.
- Lanier, Jaron (2015), Noch erscheinen die Diktatoren des Internets milde, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 2. Juli, Seite 13.
- Lutz, Helma (2008), *Vom Weltmarkt in den Privathaushalt. Die neuen Dienstmädchen im Zeitalter der Globalisierung*, Opladen.
- Merton, Robert K. (1968), The Matthew Effect in Science, in: *Science*, Jg. 159, H. 3810, S. 56–63.
- Mishel, Lawrence (2013), The CEO-to-Worker Compensation Ratio in 2012 of 273 Was Far Above That of the Late 1990s and 14 Times the Ratio of 20.1 in 1965, in: *Economic Policy Institute*, September 24, <http://www.epi.org/publication/the-ceo-to-worker-compensation-ratio-in-2012-of-273/>

- Neckel, Sighard (2010), Refeudalisierung der Ökonomie: Zum Strukturwandel kapitalistischer Wirtschaft, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, *MPIfG Working Paper 10/6*, Köln.
- Neckel, Sighard (2013), »Refeudalisierung« – Systematik und Aktualität eines Begriffs der Habermas'schen Gesellschaftsanalyse, in: *Leviathan*, 41. Jg., Heft 1, S. 39–56.
- Neckel, Sighard (2014), Oligarchische Ungleichheit. Winner-take-all-Positionen in der (obersten) Oberschicht, in: *WestEnd: Neue Zeitschrift für Sozialforschung*, 11. Jg., Heft 2, S. 51–63.
- Neckel, Sighard (2015), Die Ungleichheit der Märkte, in: Steffen Mau und Nadine M. Schöneck (Hg.), *(Un-)Gerechte (Un-)Gleichheiten*, Berlin, S. 93–103.
- Parsons, Talcott (1966), *Societies: Evolutionary and Comparative Perspectives*, Englewood Cliffs.
- Piketty, Thomas (2014), *Das Kapital im 21. Jahrhundert*, München.
- Staab, Philipp (2014), *Macht und Herrschaft in der Servicewelt*, Hamburg.
- Stiglitz, Joseph A. (2012), *The Prize of Inequality*, New York.
- Streeck, Wolfgang (2013), *Gekaufte Zeit: Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus. Frankfurter Adorno-Vorlesungen 2012*, Berlin.
- Walk Free Foundation (2014), *Global Slavery Index 2014*, <http://www.globalslaveryindex.org/>
- Wehler, Hans-Ulrich (2013), *Die neue Umverteilung. Soziale Ungleichheit in Deutschland*, München.
- Winters, Jeffrey A. (2011a), *Oligarchy*, Cambridge.
- Winters, Jeffrey A. (2011b), Oligarchy and Democracy, in: *The American Interest*, Jg. VII, H. 2, S. 18–27.